

**Eva-Maria u.
Hans Dietrich**

E. u. H. Dietrich · Julius-Leber-Straße 2 · 33332 Gütersloh

Julius-Leber-Str. 2
33332 Gütersloh
Tel.: 05241/55803
Fax: 05241/9975313
E-Mail:
hd.base@gmx.net
Internet:
www.hansdietrich.de

Einschreiben

Bundespräsidialamt

11010 Berlin

07.05.2009

**Offener Brief an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland,
Herrn Dr. Horst Köhler**

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,

in wenigen Tagen werden Sie sicherlich aus Anlass des 60-jährigen Bestehens der Bundesrepublik Deutschland und der Verkündung des Grundgesetzes ein paar passende Worte zu diesem Ereignis finden.

Wir wissen nicht, ob Sie dabei auf den momentanen Zustand unserer Demokratie in ähnlicher Form eingehen werden, wie es 1989 geschah. Während der damalige Bundespräsident, Dr. Richard v. Weizsäcker, einerseits die an sich gute Verfassung hervorhob, stellte er andererseits aber auch die Frage: „Sind wir in einer guten Verfassung?“

Stellt man heute die gleiche Frage, dann muss uns der augenblickliche Zustand eigentlich recht bedenklich stimmen. Nicht unbedingt wegen der aktuellen Finanzkrise, denn die ist nur das Ergebnis einer sich bereits seit Jahren verstärkenden Tendenz. Statt auf die Grundwerte unseres Grundgesetzes zu achten und auf ihrer Einhaltung zu bestehen, stand der Aktienkurs börsennotierter Unternehmen und das Gewinnstreben um jeden Preis im Vordergrund. Der Begriff „Shareholder-Value“ kursierte durch die Wirtschaft und wurde zum Inbegriff eines so genannten Zaubermittels.

Dagegen blieben die Mitarbeiter, die durch ihre Leistung zum großen Teil den Wert eines Unternehmens mit erschaffen haben, auf der Strecke. Sie galten und gelten vielfach nur als Kostenfaktor. Da passt eine für die geleistete Arbeit würdige Entlohnung schlecht in ein solches Konzept. Doch jeder Mensch definiert sich eben auch über die erbrachte Leistung als Teil seiner Würde. Daher muss sich Leistung lohnen. Während zu viele Entscheidungsträger dies für sich wie selbstverständlich in Anspruch nehmen, gestehen sie anderen nicht das Gleiche zu.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar“ heißt es bekanntlich zu Anfang des Artikels 1 im Grundgesetz. Das gilt für jede Lebenssituation, auch für die berufliche.

Wenn in der Vergangenheit in unserem Wirtschaftssystem die Werte unserer Verfassung der Maßstab des Handelns gewesen wären, dann würden wir uns heute nicht in einer solch bedenklichen Lage befinden. Davon sind wir fest überzeugt, weil wir

1. seit über 15 Jahren selbst mit dieser Problematik konfrontiert werden. Denn obwohl unsererseits Leistung erbracht wurde, wird die Anerkennung verweigert. Weder Parteiverrat noch Rechtsbeugung werden dabei geahndet, sondern im Zusammenspiel von Petitionsausschuss und Staatsanwaltschaft wird man als Petent veralbert, ja sogar verleumdet.

Wir möchten es bei der kurzen Erwähnung der Vorgänge belassen, da sie insgesamt und für den Zweck dieses Schreibens zu umfangreich sind. Zudem steht das Bundesjustizministerium als Aufsichtsbehörde für das Patentamt in der Pflicht. Wobei es sich erweisen wird, ob man dort bereit ist, die aufgezeigten Mängel ohne wahltaktische Winkelzüge zu klären. Die Öffentlichkeit wird von uns stets über unsere Homepage www.hansdietrich.de informiert.

2. inzwischen bei umfangreichen Recherchen im Internet festgestellt haben, dass es reichlich weitere Fälle gibt, in denen Bürgerinnen und Bürger, die sich den Grundwerten verpflichtet fühlen und Missstände benannt haben, ebenfalls Probleme mit Vorgesetzten/Aufsichtsrat und/oder der Justiz bekamen. Auf den Internetseiten, um nur einige Beispiele zu nennen, von:
<http://anstageslicht.de>, <http://businesscrime.de/>, <http://www.cleanstate.de>,
<http://whistleblower-netzwerk.de> kann man das erkennen.

Der Justizbereich bildet bei dieser Methodik keine Ausnahme. Kritiker werden auch dort, wie anderswo, diszipliniert. Das Beispiel des Richters Frank Fahsel zeigt das recht deutlich. In dem Artikel „Ex-Richter geht mit seiner Zunft ins Gericht – und die schweigt“ in der Stuttgarter Zeitung zitiert der Autor, Andreas Müller, den Richterbund. Letzterer „erinnerte“ nämlich daran, dass „der Dienstherr auch nach dem Ausscheiden aus dem Dienst“ noch Disziplinarmaßnahmen ergreifen kann.

http://www.stuttgarter-zeitung.de/stz/page/1862051_0_2147_bitterboeser-leserbrief-ex-richter-geht-mit-seiner-zunft-ins-gericht-und-die-schweigt.html

Auf diese Weise wird Angst geschürt. Angst, sich kritisch zu äußern, Missstände zu benennen und zu beseitigen sowie Fehlverhalten zu ahnden. Angst ist jedoch keine Basis für eine funktionierende Demokratie. Und Schweigen ist ihr Tod.

Es ist insofern nicht verwunderlich, wenn der ehemalige Richter am OLG in Köln, Dr. Egon Schneider, in seiner Festschrift „Der Niedergang des Rechtsstaates“ zu dem Schluss kommt: „Und so bleibt am Ende die Erkenntnis: Ein Rechtsstaat, wie er den Verfassern des Grundgesetzes vorgeschwebt hat, den haben wir nicht, und wir entfernen uns ständig weiter von diesem Ideal.“

<http://www.hu-hessen.de/mr/homepage/justiz/info.php?id=134>

„Richtig geschämt“ hat sich deshalb auch der Richter Norbert Schlepp auf einer ausländischen Richtertagung, als er auf die Justizabhängigkeit in Deutschland angesprochen wurde und ihm ein dänischer Kollege erklärte: „Bei uns in Dänemark hatten wir das früher auch. ... Ich bin fest davon überzeugt, dass Deutschland diese Missstände bald beendet. Schließlich ist Deutschland inzwischen doch auch eine Demokratie ...“

<http://www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdfarchiv/bund/2008-zfdd-1-unabhaengige-justiz.pdf>

Als direkte Nachkriegsgeneration, die in und mit diesem Staat aufgewachsen ist, haben wir das ebenfalls geglaubt und – obwohl es uns momentan schwer fällt – glauben wir es immer noch. Gerade mit Blick auf die Vergangenheit können wir nicht nachvollziehen, weshalb es so viel Verantwortungslose gibt, die mit aller Macht versuchen, diese im Vergleich noch relativ junge Demokratie zu ruinieren. In unserem Offenen Brief vom 28.11.2007 an Sie haben wir aber auch deutlich gemacht, dass wir uns mit denen verbunden fühlen, die ihrerseits versuchen, den Missständen nach ihren Kräften zu begegnen. Wir haben sie kennengelernt und lernen immer mehr Bürgerinnen und Bürger kennen, die genauso daran interessiert sind, dass diese Demokratie stärker wird.

Wir haben uns aufgrund der Ereignisse in den vergangenen Jahren oft die Frage gestellt: „Warum fällt den Deutschen der Weg zur Demokratie – 1849, 1919, 1949 – so schwer?“ Bei der Antwort hat uns die Abhandlung von Hans Vorländer „Warum Deutschlands Verfassung Grundgesetz heißt“, die wir bei der Bundeszentrale für politische Bildung gefunden haben, weitergeholfen. So schreibt Hans Vorländer:

„Die Bürger hatten sich das Grundgesetz als ihre Verfassung angeeignet, auch wenn es ihnen 1949 verwehrt geblieben war, es selbst zu ratifizieren. Auch 1990 wurde das Grundgesetz als nunmehr gesamtdeutsche Verfassung keinem Referendum unterzogen, was nicht nur von vielen Bürgern der DDR bedauert wurde. ...“

http://www.bpb.de/themen/AAWX7W.0.0.Warum_Deutschlands_Verfassung_Grundgesetz_heißt

Wir sind der festen Überzeugung, dass diese Tatsache mit zu den o.g. Problemen geführt hat. Ein vom Volk ratifiziertes Grundgesetz hätte eine wesentlich tiefere, innere Verankerung, weil die Bevölkerung das Bewusstsein hätte, hier mitgewirkt zu haben. Warum verweigert man dem deutschen Volk diese Möglichkeit? Ist es nicht Teil des Selbstbestimmungsrechts eines jeden Volkes? Auf der einen Seite erwartet man die mündigen Bürgerinnen und Bürger, die auch Zivilcourage in heiklen Situationen zeigen, auf der anderen Seite nimmt man ihnen das Recht, über die zentralen Werte ihres Zusammenlebens selbst abzustimmen.

Warum? Sind die Bürgerinnen und Bürger nicht mündig genug? Nimmt man sie nicht ernst? Hat man kein Vertrauen? Oder spielt Angst eine Rolle? Angst, Macht zu verlieren?

Das 60-jährige Bestehen der Bundesrepublik Deutschland wäre ein entsprechender Anlass, das zu ändern.

Für die Beantwortung der zuletzt aufgeworfenen Fragen möchten wir uns im Voraus bedanken.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Eva – Maria Dietrich

Hans Dietrich

P.S.: Wir veröffentlichen diesen Brief auf unserer Homepage www.hansdietrich.de und informieren die örtliche und überregionale Presse.